

Engagement leben

Menschlichkeit pflegen

Perspektiven wechseln

Einladung Plenumssitzung

Donnerstag, 01.12.2022
19:00 – 21:00 Uhr

Haupttagesordnungspunkt:

Teilhabe von Roma in Stuttgart

Erfahrungen einer Sozialarbeiterin aus der Beratung in
Stuttgart, die selbst Sinteza ist

Referentinnen: Renate Melis (Diakonisches Werk Württemberg)
und Pfarrerin Silke Stürmer

Beauftragte der Landeskirche für die Zusammenarbeit mit Sinti und Roma

Ein Forum der
Stuttgarter Flüchtlingsfreunde
Arbeitskreis der Stadtteilinitiativen



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde des AK Asyl Stuttgart,

bürgerliches Engagement braucht einen langen Atem um etwas zu bewirken.

Diesen langen Atem hat sie: Heide Soldner engagiert sich in der Mütter- und Familienzentrumsbewegung, die vor mehr als 40 Jahren aus der Familienselbsthilfe und der Frauenbewegung entstand. Mit ihren Mitstreiterinnen (in Stuttgart, landes- und bundesweit) schuf sie niedrighschwellige Orte der Begegnung und gegenseitigen Unterstützung. Doch dieses beschränkte sie nicht auf „Bio-deutsche Mütter und Familien“, sondern hatte alle im Blick, die Zugewanderten, die Geflüchteten gleichermaßen.

Das Ehrenamt birgt viel Frust und Enttäuschungen: Nicht alle hilfsbedürftigen Menschen überschütten ihre Helfer mit Dankbarkeit und Wertschätzung. Die Familie, für die man sich jahrelang eingesetzt hat, wird dann doch abgeschoben oder der junge Mann mit Duldung wird jetzt doch aus lauter Frust und Enttäuschung kriminell, die Frau, die jahrelang von ihrem Mann geschlagen wird, trennt sich doch nicht, obwohl man ihr alle Wege aufgezeigt hat...

Es gibt viele solche Beispiele und der lange Atem zählt! Frau Söldner ist ein Beispiel, wie es gehen kann. Einfach weitermachen. Unbeirrt.

Jetzt wird sie für besondere Verdienste im Bereich der Flüchtlingshilfe mit der Ehrenplakette der Landeshauptstadt Stuttgart geehrt. Sie wird sagen, dass sie stellvertretend für die vielen Menschen, die sich unermüdlich im Stillen, im Schatten, für diejenigen engagieren, die keine Lobby in unserer Gesellschaft haben, diese Auszeichnung entgegennehmen wird. *Nein, liebe Frau Soldner: Am 25.11. um 18 Uhr geht es im Rathaus Stuttgart um Sie, Sie werden geehrt! Wir freuen uns für Sie und gratulieren ganz herzlich!*

Allen Engagierten wünsche ich viel Kraft und Energie für ihre Aufgabe und bewundere das Durchhaltevermögen. Nur gemeinsam können wir wenigstens ein bisschen bessere Bedingungen für die Menschen schaffen, die mit so vielen Hindernissen zu kämpfen haben.

Herzliche Grüße, auch im Namen aller Kolleg*innen des Evangelischen Asylbüros Stuttgart,
Ihre Heidi Rehse

In eigener Sache! Mach mit bei uns!

Auf dich kommt es an! - Wir im Arbeitskreis Asyl Stuttgart bemühen uns, der Arbeit mit Geflüchteten ein menschliches Antlitz zu geben.

- In einem monatlichen Plenum tauschen wir uns zu den relevanten Fragen aus und treten mit unseren Positionen an Öffentlichkeit, Einrichtungen und Behörden heran.
- Im Sprecherrat des AK Asyl, der alle Freundeskreise, Gruppen und (demokratischen) Parteien in Stuttgart vertritt, pflegen wir Kontakte untereinander und unterstützen das Evangelische Asylbüro bei dessen Tätigkeit.

Falls du Interesse an den Themen Flucht, Migration und Integration hast, freuen wir uns auf deine Beteiligung - **damit Geflüchtete auch in Zukunft bei uns einen anständigen Empfang bekommen!**

Auf der letzten Seite dieses Heftes findest du die aktuellen Sprecherinnen und Sprecher. Etliche machen weiter, aber einige scheiden aus. Frag uns, rufe an: Gerne beantworten wir Deine Fragen!

Arbeitskreis Asyl  Stuttgart

Inhalt

Editorial	1
In eigener Sache! Mach mit bei uns!	1
Einladung zur Plenumssitzung des AK ASYL STUTTGART	3
Protokoll zum Plenum vom 20.10.2022	4
Neue Kollegin im Asylbüro	7
Hallo! Mein Name ist Olena Grigorieva.	8
Kampagne Orange the World.....	9
Ein Auszug aus: Roma/Sinti Diskriminierungsbericht 2022 Freiburg.....	10
Filmempfehlung: Einfach ein Mensch.....	11
Vormerken: Einfach ein Mensch	11
Blick über den Tellerrand: Roma-Vereine in Deutschland und Europa.....	12
Tschechien: Mahnmal statt Schweinefarm im ehemaligen Roma-KZ	14
Flüchtlingsrat Berlin und Pro Asyl legen umfassende Analyse zum AsylbLG vor und fordern die Einbeziehung von Flüchtlingen in das Bürgergeldgesetz.....	15
Gemeinsame Pressemitteilung von AA und BMI zum Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Menschen aus Afghanistan	16
Flüchtlingsrat Niedersachsen kritisiert Ausgestaltung des Bundesaufnahmeprogramms für gefährdete Afghan:innen.....	18
EKD-Flüchtlingsbeauftragter Christian Stäblein fordert Abschiebestopp nach Pakistan ..	20
Sofortiger Stopp aller Abschiebungen in den Iran!	21
Bundesverwaltungsgericht: Passbeschaffung für eritreische Staatsangehörige bei Erfordernis einer "Reueerklärung" unzumutbar	22
United4Rescue schickt drittes Bündnisschiff ins Mittelmeer.....	22
Gemischtes Doppel im Untergeschoss	23
Termine im Dezember 2022:.....	24
MORE I(')MPERFECTION.....	24
Der Tag des Flüchtlings - immer am Freitag der Interkulturellen Woche	25
Aktuelle Zahlen zu Asylanträgen 2022.....	26

Stuttgart, 21.11.2022

Einladung zur Plenumssitzung des AK ASYL STUTTGART

- Wann?** Donnerstag, 01.12.2022, 19:00 – 21:00 Uhr
- Wo?** Saal EG Paulinenpark, Seidenstraße 35, 70174 Stuttgart
- Thema:** Teilhabe von Roma in Stuttgart, Erfahrungen einer Sozialarbeiterin aus der Beratung
in Stuttgart, die selbst Sinteza ist
- Referent*innen:** Renate Melis (Diakonisches Werk Württemberg) und Pfarrerin Silke Stürmer
(Beauftragte der Landeskirche Württemberg für die Zusammenarbeit mit Sinti und Roma)

Tagesordnung Plenumssitzung des AK ASYL STUTTGART

- 19:00 Uhr Begrüßung und Hinweise auf Veranstaltungen
- 19:10 Uhr Aktuelles aus den Stadtteilen und den Freundeskreisen
- 19:20 Uhr Neue rechtliche Entwicklungen, Rechtsanwalt Herr Weidner
- 19:50 Uhr Top-Thema. Im Anschluss Austausch bei Getränken und Fingerfood.

Wir erstellen von der Veranstaltung Bild- und Videomaterial für unsere Homepage und social media. Mit Ihrer Anwesenheit erklären Sie sich einverstanden, dass wir Bild- und Videomaterial veröffentlichen, auf dem Sie erkennbar sind.

Termine Plenum 2022:

- 13.01.2022: A. Wahl des Sprecherrats, B. Rückkehrberatung in Stuttgart durch AGDW und GIZ
- 10.02.2022: "Zurückgeschoben, eingesperrt und festgesetzt: Die Situation von Geflüchteten in Griechenland"
- 10.03.2022: „Geflüchtete Frauen* in Stuttgarter Gemeinschaftsunterkünften: Problemlagen & Ausblicke“ mit Frau Ronja Roy, Frau Isabelle Monthuley und Frau Antonia Seethaler, AGDW
- 07.04.2022: „Miteinander in Würde – Zwischen Missverständnissen und Aufklärung in der Rassismus-Arbeit“ mit Frau Cathy Plato
- 12.05.2022: „Geflüchtete Menschen aus der Ukraine in Stuttgart und der Umgang mit Drittstaatlern/BIPoC aus der Ukraine“ mit Denis Bieler, AGDW
- 09.06.2022: Mosambik – Zyklone, Klimawandel, Armut, Boko-Haram - doch kaum Flüchtlinge? Renate und Claus Härtner berichten von sieben Jahren Arbeit in Werkstatt und Waisenhaus, der Schönheit der Natur und den wahrnehmbaren Veränderungen im Land.
- 07.07.2022: „Folgen strafrechtlicher Verurteilungen für das Aufenthaltsrecht- Wann gefährden Straftaten den Aufenthalt in Deutschland?“ mit Sebastian Röder, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Im August findet kein Plenum statt

- 15.09.2022: Krieg in der Ukraine - Der Ausbildungscampus als Stuttgarts Erstanlaufstelle für Ukraine-Flüchtlinge mit Frau Marcella Ulloa, Leiterin Ausbildungscampus Stuttgart und Herrn Dyma Pukha, Wolja e. V.
- 20.10.2022: Zurück auf den Balkan. Probleme und Chancen von Rückkehrern aus Stuttgart
- 17.11.2022: Musste leider ausfallen
- 01.12.2022: Renate Melis und Pfrin. Silke Stürmer: Teilhabe von Roma in Stuttgart, Erfahrungen einer Sozialarbeiterin aus der Beratung in Stuttgart, die selbst Sinteza ist
-

Protokoll zum Plenum vom 20.10.2022

Protokoll von Heide Soldner

Asylpfarrer Joachim Schlecht begrüßt die Anwesenden im Paulinenpark und weist auf einige Veranstaltungen hin.

Sa. 22.10.2022, 12 Uhr, Schlossplatz.

Solidarischer Herbst wird bundesweit aufgerufen.

Joe Bauer ist einer der Redner. Es ist ein breites Bündnis mit Gewerkschaften und Initiativen.

Sa. 22.10.2022, 17 Uhr, Marienplatz, Seebrücke.

Do. 27.10.2022, 19.30, ES-Pliensauer Vorstadt:

Veranstaltung mit einem Syrer, der seine Geschichte erzählt.

Hinweis auf eine Theateraufführung:

Theatertheke Stuttgart im White Noise, Eberhardstr.37. Ein Theaterstück über Flucht und mit Menschen, die geflüchtet sind. 5./6: November und 3./4. Dezember.

Neues aus den Freundeskreisen

Frau Rehse weist darauf hin, dass es viele Geflüchtete gibt, die keinen Anspruch auf Deutschkurse haben. **Wer kann im Asylbüro Deutsch unterrichten?**

Oder gibt es freie Deutschkurse über Ehrenamt?

Der FK-West gibt in der Breitscheidstr.20

Deutschkurse – diese sind allerdings voll.

Andere Möglichkeiten: Das Goethe-Institut bietet Onlinekurse an. Gestaffelt nach

Schwierigkeitsgrad.

Ebenso macht die Deutsche Welle Angebote.

Wohnungssuche über das Amt ist schwierig. Es gibt viel zu wenige Wohnungen. Die Menschen müssen sehr lange warten.

Es gibt eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Nationalitäten/Geflüchteten. Ein Armenier aus der Ukraine braucht für die Anerkennung seiner Abschlüsse viel Geld.

RA Weidner zu neuen rechtlichen Entwicklungen

- **Afghanistan:** Ein Asylfolgeantrag von Afghanen hat derzeit zu 90 % Erfolg. Es besteht zwar Abschiebeverbot, aber für eine Aufenthaltserlaubnis und die Familienzusammenführung ist es wichtig, den Folgeantrag zu stellen. Allerdings herrscht in der afghanischen Gesellschaft ein anderes Verständnis von Familie, das kann bei uns nicht berücksichtigt werden.

Es ist nach wie vor völlig unklar, wer Anrecht darauf hat aus Afghanistan einreisen zu dürfen.

Es gibt alte und neue Listen besonders gefährdeter Personen und es gibt keinen

Beschluss der Regierung. Es wird abgewartet, es geht nichts voran. Selbst die Ehefrau kommt nicht aus Afghanistan heraus. Botschaften sind in Islamabad und Teheran. Da beträgt die Wartezeit ein Jahr.

Wer subsidiären Schutz oder Abschiebeverbot hat, bekommt eine Karte von den Behörden, hat aber Anspruch auf einen Reisepass. Da es derzeit keine afghanischen Pässe gibt (nach eigener Aussage von der afghanischen Regierung), müssen von deutscher Seite Ersatzausweise ausgestellt werden. Ohne Pass können die Geflüchteten ihre Familie, z.B. in der Türkei, nicht besuchen.

Eritrea: Jahrelang wurde von Eritreern ein Reisepass gefordert. Nun hat das BVG entschieden, dass ein Reisepass nicht verlangt werden kann, denn die Menschen müssen dauerhaft eine Abgabe an den eritreischen Staat bezahlen und die Familien werden schikaniert. Eritreer haben ein Anrecht auf einen Ersatzpass von Deutschland. (s. Meldung auf Seite __ dieses Heftes.)

Dieses Urteil könnte Auswirkungen auf andere Länder wie z.B. Iran haben.

Familiennachzug von hier lebenden

Minderjährigen: Der EuGH hat entschieden, dass nach dem 18. Geburtstag die Familie trotzdem noch nachkommen darf, wenn der Antrag vorher gestellt wurde.

Russland: Bisher hatten Geflüchtete aus Russland keine Chancen auf Asyl. Nun stellen einige Gerichte fest, dass die Meinungsfreiheit nur auf dem Papier steht und auch einfache Bürger verhaftet werden. Damit wurden auch schon Flüchtlinge aus der russischen Föderation anerkannt.

Dublinverfahren: Zwischen 2020-2022 waren die Asylverfahren ausgesetzt. Danach wurden die Fristen für eine Rückführung wieder von vorne gezählt. Das ist nicht rechtmäßig sagt der EuGH. Also haben diese Geflüchteten ein Recht auf ein Asylverfahren in Deutschland.

LSBTIQ: Änderung der Entscheidungspraxis am 28.09.2022 durch den EuGH. Bisher wurde in Deutschland behauptet, dass durch Stillverhalten und Rückzug in den Privatbereich keine Gefahr für die Betroffenen besteht. Mit diesen Prognoseentscheidungen wurden Geflüchtete abgelehnt. Der EuGH sagt, diese Urteile sind nicht zulässig. Jetzt hat das BAMF vom Innenministerium eine neue Richtlinie erhalten.

Haupttagesordnungspunkt

THEMA ASYLPOLITIK IM WANDEL – ZURÜCK AUF DEM BALKAN!

Chancen und Schwierigkeiten von Rückkehrern

aus Stuttgart. Fremdsein als Lebensthema; aufgezeigt anhand zweier Reiseberichte von AK Asyl Engagierten.

Barbara Mobley und Rainer Idler, Nord-Mazedonien und Heide Soldner, Serbien

Besuch in Nord-Mazedonien bei Familie Islamovski.

Im Sommer 2022 besuchten Barbara Mobley und Rainer Idler in Nordmazedonien Familie Islamovski. Hier ist ihr Bericht.

„Anfang Mai dieses Jahres sind Rainer und ich mit unserem vollbepackten Campingbus von Stuttgart losgefahren in Richtung Nordmazedonien, um Familie Islamovski zu besuchen und ihnen ihren hier verbliebenen Hausrat zu bringen.

Mit Zwischenstops in Slowenien und Kroatien, kamen wir nach drei Tagen am 20. Geburtstag von Tochter Zinet bei Islamovskis in Resen an. Wir wurden freudig erwartet und herzlich in der Familie aufgenommen. Kemal war zwei Tage zuvor 18 geworden und ist seit März auch verheiratet. Nun gab's erstmal Geburtstagsparty mit Torte, traditioneller Musik und Tanz im Hof. Es waren viele Verwandte und Freunde gekommen, die auch den Besuch aus Deutschland begrüßen wollten.



Der Geburtstagsabend war also der Auftakt zu unserem 10 tägigen Aufenthalt bei Islamovskis, währenddessen wir ganz in das Familienleben integriert waren. Es gab viele gegenseitige Einladungen zum Kaffee und Essen bei Verwandten im Ort und im nahegelegenen Heimatdorf von Adj. Die meisten Verwandten sind arbeitslos oder schlagen sich mit Gelegenheitsjobs durch. Trotz ihren schwierigen, oft sehr prekären Lebensumständen, haben wir diese Menschen sehr herzlich und gastfreundlich erlebt. Ein besonderes Highlight war, dass wir bei der großen Abifeier eines Cousins von Kemal mitfeiern durften und die traditionelle Musik und Tänze der Roma Community live miterlebt haben.

Wir haben auch auf dem Feld mitgearbeitet und zusammen mit der erweiterten Familie Bohnen, Kartoffeln und Mais auf dem Acker gepflanzt. Anderntags hat Adj uns stolz mit seinem alten Traktor zu den gepachteten Apfelplantagen gefahren. Bei der Fahrt entlang der Felder und der vielen Apfelplantagen der dortigen Obstbauern bestaunten wir die wunderschöne Hügellandschaft rund um Resen und den Prespasee.



Bei näherem Hinschauen tun sich allerdings vielerorts auch Abgründe von achtlos entsorgtem Müll (meist Plastik) auf. Trotz der stark ländlich geprägten und landwirtschaftlich genutzten Region, fehlt es noch sehr an Umweltbewusstsein. Immerhin gibt es einen positiven Ansatz, denn Kemal engagiert sich seit diesem Herbst in einer Gruppe von Mitstreitern, die das Thema Mülltrennung und Nachhaltigkeit in Resen voranbringen wollen.

Bereichert von vielfältigen Eindrücken und vielen Begegnungen mit herzlichen Menschen, haben wir nach anderthalb Wochen bei Islamovskis unsere Reise durch Nordmazedonien und den Kosovo fortgesetzt. Bei der Verabschiedung mussten wir versprechen nächstes Jahr wiederzukommen.

Die Vorgeschichte:

Familie Islamovski, Mutter Zurka, Vater Adj, Tochter Gjülten (jetzt 13) und Sohn Kemal, waren 2015 nach Deutschland gekommen und hatten hier Asyl beantragt.

In ihrer nordmazedonischen Heimat, Resen, fühlten sie sich als Angehörige der Roma-Minderheit zunehmend ausgegrenzt und schikaniert, hatten Arbeit und Wohnung verloren und sahen dort keine Lebensperspektive mehr für sich. Die älteste Tochter Zinet (damals 13) hatte einen Herzfehler und blieb bei den Großeltern im Heimatdorf bei Resen.

Zurka konnte bereits Deutsch, da sie als Kind mit ihren Eltern einige Jahre im Ruhrgebiet gelebt hatte und dort die Grundschule besuchte.

Die Deutschkenntnisse der Mutter waren für die Familie natürlich sehr hilfreich und erleichterten die Integration. Familie Islamovski verbrachte ca. 3 Jahre in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete in Stuttgart-Wangen und Untertürkheim, bevor sie dann im Sommer 2018 eine eigene Mietwohnung in Wangen bezogen. Der Asylantrag war zwischenzeitlich als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt worden und die Familie hingelte sich von Duldung zu Duldung, immerhin mit Beschäftigungserlaubnis. Zurka und Adji hatten Arbeit im türkischen Supermarkt Erciyes in Wangen gefunden und somit hatte die Familie ein geregeltes Einkommen.

Gjülten und Kemal gingen in die Wilhelmschule in Wangen und Kemal war im Jugendhaus Bad Cannstatt gut vernetzt und musikalisch sehr aktiv. Als junger Teenager komponierte er bereits eigene Rap Songs und trug diese auch erfolgreich bei Festen in Wangen und beim „Tag des Flüchtlings“ im Feuerwehrhaus Heschlach vor. Die Familie war also auf einem guten Weg, sich in Stuttgart zu integrieren und Fuß zu fassen. Auch hofften die Eltern nach 5 Jahren in Deutschland, eine Beschäftigungsduldung zu bekommen. Auf Grund von Adjis chronischen Herzproblemen, die immer wieder zu Notaufnahmen in der Klinik führen, hoffte die Familie, dass der medizinische Aspekt auch ein begünstigender Faktor für ein Bleiberecht sein würde. Leider war dem nicht so und Familie Islamovski wurde Ende September 2019 per Flugzeug nach Nordmazedonien abgeschoben.

Zurück in der alten Heimat:

Das war ein großer Schock und Islamovskis brauchten einige Zeit, um sich in der alten Heimat neu zu orientieren. Glücklicherweise kamen sie die ersten Wochen bei Verwandten unter. In ihrem Fall funktioniert das Familiennetz gut.

Im Umfeld des Wangener Flüchtlingsfreundeskreises und auch weit darüber hinaus, wurden Spenden für Islamovskis gesammelt und nach Resen geschickt. Sie fanden schließlich ein älteres Haus zu günstiger Miete, jedoch keine Arbeit. Auch hatten Gjülten und Kemal Schwierigkeiten wieder in der Schule in Resen aufgenommen zu werden. Für die Jahre, die sie nicht in Nordmazedonien zur Schule gegangen waren, sollten sie mehrere hundert Euro zahlen! Und dann kam CORONA mit diversen Lockdowns, was die weitere Arbeitssuche völlig ausbremste. Zurka und Adji suchten nach Alternativen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Im Frühjahr 2020 bekam Adji das Angebot einige Apfelplantagen zu pachten, insgesamt über 1000

Bäume. Die ganze Gegend um Resen und den Prespasee ist Apfelanbaugebiet. Der Anbau, Verkauf und Export von Äpfeln war bislang eine wichtige Erwerbsquelle für viele Menschen dort. Das Angebot klang verlockend, auch ein alter Traktor mit einigen Gerätschaften war Teil des Angebots.



Mit weiteren Geldspenden aus Stuttgart wurde der Traktor finanziert, in der Hoffnung, dass dies eine gute Investition für den Aufbau einer eigenen Existenz sei. Bislang haben verschiedene widrige Umstände dies jedoch vereitelt. In den vergangenen zwei Jahren gab es in der Region um den Prespasee immer wieder schwere Unwetter mit großen Hagel-schäden an den Äpfeln, sodass diese im Handel nicht mehr verkauft werden konnten und nur noch für Centbeträge zu Saft gepresst wurden. In der Pandemie kam erschwerend hinzu, dass die Absatzmöglichkeiten ins Ausland stark eingeschränkt waren.

Familie Islamovski ist also weiterhin auf Spenden aus Stuttgart angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, aber sie geben nicht auf.

Die Geschichte von Familie Brkic seit 2014

Bericht von Heide Soldner

Familie Brkic kam im Frühjahr 2014 nach Deutschland und musste trotz ihrer Integrationsbemühungen bereits im Januar 2016 „freiwillig“ ausreisen.

Diese Integrationsbemühungen fielen im Freundeskreis Süd und in unserer Familie besonders auf. Die beiden Jungen, Nikola 15 und Borislav 11 Jahre alt, waren auf dem Sprung in höhere Schulen. Der Vater Stanoje hatte eine BuFDi-Stelle in der Pflege mit der Option auf eine anschließende Ausbildung. Die Mutter Jelena engagierte sich im Freundeskreis und im MüZe (Mütter- und Familienzentrum Heschlach). Nach ihrer Rückkehr fing Jelena bald an die Frauen im Romaquartier zu gemeinsamen Gesprächsrunden einzuladen, die abwechselnd in den Wohnzimmern der teilnehmenden Frauen stattfanden. Ab Mitte 2017 ging Unterstützung

über ein Projekt der BW-Stiftung ein und in diesem Zusammenhang konnten zwei kleine Räume für das entstehende Mütterzentrum angemietet werden. Die Frauen unterstützten Kinder, die in der Schule gefährdet waren und schafften es, dass alle fünf Kinder ihre Leistungen verbessern konnten und in die nächste Klasse versetzt wurden. Das Mütterzentrum als offizielle Organisation erhielt Zugang zu Informationen und Behörden. Die Frauen erlebten ihre Selbstwirksamkeit. Im Frühjahr 2018 wurde das Mütterzentrum von Frau Staatsrätin Gisela Erler eingeweiht, die mit einer gemischten Regierungsdelegation aus BW mit MP Kretschmann Serbien besuchte. Dadurch ergaben sich gute Kontakte zum Verband Deutscher Sinti und Roma – LV-BW, deren Vertreter Romeo Franz und Daniel Strauß mit zur Delegation gehörten.

Im Mai 2019 organisierten *Mothercenters International Network for Empowerment*, **mine** in Stuttgart eine Fotoausstellung der Verhältnisse im Quartier in Belgrad begleitet von einer Veranstaltungswoche. Innerhalb dieser Woche fand der erste Runde Tisch in der *Kirche St. Maria statt* mit Unterstützung der Bürgerstiftung und Veronika Kienzle. Diese Veranstaltung zur Situation europäischer Roma in Stuttgart, die rechtlos im Park leben, war der Auftakt zu weiteren Runden Tischen der Bürgerstiftung zu diesem Thema. Gerade jetzt, nach vier Jahren gibt es dazu ein Ergebnis, das hoffentlich eine Verbesserung herbeiführt. Corona hat sowohl beim Mütterzentrum in Belgrad wie auch in Stuttgart einiges verzögert. Das Mütterzentrum in Belgrad ist jetzt endlich soweit, ein wenig eigenes Einkommen mit dem Nähen von Gemüsesäckchen zu erwirtschaften. Die größeren Vorhaben zusammen mit dem *Landesverband Sinti und Roma in Mannheim* konnten im Jahr 2020 leider nicht stattfinden. Perspektivisch sollte das Mütterzentrum eigene Räumlichkeiten besitzen, um dauerhaft überleben, planen, Produkte herstellen und verkaufen zu können. Der serbische Staat unterstützt kein gesellschaftliches Engagement,

was heißt, dass das Mütterzentrum in Belgrad behandelt wird wie eine Firma, die Gewinne macht.

Familie Brkic hat inzwischen relativ gute Lebensverhältnisse. Stanoje arbeitet als Busfahrer bei der Stadt Belgrad, Jelena arbeitet immer wieder im Verkauf und erhält über das Mütterzentrum ein Grundgehalt. Nikola ist jetzt 22 Jahre alt, studiert Jura mit einem Stipendium, nimmt an internationalen Workshops teil, engagiert sich für Romarechte und arbeitet in der Community aufklärend gegen frühe Heirat und für Bildung. Der 18-jährige Sohn macht dieses Jahr seinen mittleren Bildungsabschluss. Diese relativ sicheren Lebensverhältnisse sind immer gefährdet durch eventuelle Krankheiten, denn dann bricht das ganze Gebilde zusammen. Bei richtig guter Gesundheit sind sie leider alle nicht. In der Aussprache im Plenum wurde von Zuhörer*innen betont, dass sich diese beiden Geschichten zu gut anhören, dass die Mehrzahl der abgeschobenen Menschen weiterhin in Armut lebt. Das ist leider so. Familie Brkic fiel schon in Stuttgart auf – durch ihren Bildungswillen und durch ihre Bereitschaft zum Engagement. Dieses Zusammenspiel von eigenem Willen und Unterstützung – auch finanzieller - machen es möglich, dass diese eine Familie sich hoffentlich eine Zukunft aufbauen kann. Auch der Wohnort bietet die Möglichkeit mit dem öffentlichen Nahverkehr Schule und Universität zu erreichen. Das Mütterzentrum bietet mit Unterstützung von Stiftungsgeldern im besten Fall weiteren Familien ein besseres Leben.

Für viele andere zurückgeschickte Menschen gibt es keine Unterstützung. Wer in eine Roma-siedlung weit weg vom öffentlichen Nahverkehr zurück muss, hat einfach keine Möglichkeit auf Bildung und eine bessere Zukunft.

Das nächste Plenum findet **am 1. Dezember 2022 im Paulinenpark** statt.

Neue Kollegin im Asylbüro

Von: Joachim Schlecht

Wir freuen uns über unsere neue Kollegin Olena Grygorieva!

Im Asylbüro arbeitet seit 1. Oktober 2022 auf Minijob-Basis Frau Olena Grygorieva mit. Sie ist im Frühjahr mit Ihrem 14jährigen Sohn aus der Ukraine geflohen. „Hauptberuflich“ besucht sie zurzeit vier Tage der Woche einen Deutschkurs.

Zufällig hatten wir sie, die in Kiew von der Krim vertriebenen Geflüchteten geholfen hatte, auf dem Flur des Diakoniepfarrramts kennengelernt.

Sie hat über ihr Handy ein großes Netzwerk mit Menschen aus der Ukraine. Sie kümmert sich privat um viele geflüchtete Menschen aus der Ukraine.

Sie spricht aufgrund eines früheren USA-Aufenthalts hervorragend Englisch und inzwischen spricht sie auch etwas Deutsch. Sie freut sich, wenn man sich die Zeit nimmt, mit ihr Deutsch zu sprechen und nicht schnell doch auf Englisch wechselt.



Im Asylbüro ist sie mittwochs und freitags für je vier Stunden. Freitags bietet sie jede Woche von 14-17 Uhr eine offene Strick-, Häckel-, Reden- und Deutsch-üben-Gruppe an.

Doch das mit dem Deutschüben würde viel besser gehen, wenn es ein oder zwei Menschen gäbe, die als Muttersprache Deutsch sprechen und für eine Stunde zwanglos dabei wären. Also, wer dazu Lust hat, darf gerne anrufen und mit dabei sein.



Einmal im Monat, an einem Mittwoch, kocht und backt und isst sie mit einer weiteren Gruppe in der Küche und im kleinen Gruppenraum des Ak Asyl Stuttgart in der Christophstraße 35.

Soweit noch Zeit übrig ist, begleitet sie auch einmal Jemanden zu einer Untersuchung oder übersetzt bei einer Beratung.

Im Plenum des Ak Asyl Stuttgart ist sie nun schon mehrmals auch dabei gewesen, manche werden ihr Gesicht schon kennen. Wir haben schon einmal ins Auge gefasst, dass sie im neuen Jahr aus ihrer Sicht über die Ukraine und den Krieg im Plenum referiert. Wir sind gespannt.

Zurzeit wohnt sie in einer kleinen Wohnung, aber leider nur befristet bis Ende Januar 2023. Nun fürchtet sie, wenn sie Ende Januar dort raus muss, wieder in eine Sporthalle zu müssen, weil überall in Stuttgart der Platz fehlt. Wer für sie und ihren Sohn eine vom Jobcenter bezahlbare kleine Wohnung weiß, würde ihr - und letztlich auch uns bei unserer Arbeit - helfen.



Hallo! Mein Name ist Olena Grigorieva.

Ich bin von der Ukraine, Kiev, und 39 Jahre alt.

Ich habe eine Rechtsausbildung. 2007 machte ich das Abschluss-Examen im ukrainischen Jura-Institut Zaporizhzhya. Warum wollte ich im Rechtsbereich arbeiten? Ich träumte schon immer davon, Menschen in ihren Rechten zu schützen und zu verteidigen.

2008 begann ich als Sozialarbeiterin zu arbeiten und fühlte mich wohl, weil ich Nützliches in diesem Sozialraum bewirken konnte.

Etlliche Projekte konnte ich in der Stadt Cherson (Süd-Ukraine) und in der Hauptstadt Kiew starten und durchführen. Darunter Projekte für an AIDS-leidende Kinder und auch Waisenkinder.

Zwischen 2015 und 2017 arbeitete ich als Expertin für die Organisation „Crimea SOS“ in Cherson, die eine Partnerorganisation der UNFCCC ist. Ich implementierte das „IPA“-Programm, welches

Binnenflüchtlinge von der Krim und den Ost-Gebieten Ukraines unterstützte. Nach Auslaufen des Programms wechselte ich zur Kreditabteilung für staatliche Organisationen einer Bank, bis diese Bankrott ging. In Kiev fand ich eine neue Anstellung als Juristin in der Organisation „100 Percent of life“ und wurde als Project Manager mit Gesundheitsprojekten betraut.

Der 24.02. teilte mein Leben in ein „davor“ und „danach“. Der Krieg bedeutet den Verlust für mich von Heim, Arbeit und Freunde. Noch nie zuvor habe ich solch starke Ängste verspürt, für meinen Sohn, für mich. Wir suchten Schutz in Bunkern vor russischen Bomben: Das waren einige der schlimmsten Tage meines Lebens. Zu spüren, dass wir – mein Sohn und ich – unseren letzten Lebenstag haben könnten und gar nichts dagegen machen können, völlig hilflos sind, ist der blanke Horror.

Am 25.03. erreichten wir Stuttgart und wurden von einer wundervollen deutschen Familie aufgenommen. 2 Wochen später fing ich ehrenamtlich an zu arbeiten beim evangelischen Asylbüro und seit Oktober 2022 habe ich dort einen Minijob.

Ich begann mein Leben von Grund auf wieder aufzubauen, in einem neuen Land, bei Menschen von denen ich vorher Niemanden kannte. Sehr beeindruckend ist die Hilfe, die ich von Deutschen erfahre, wie sie mir halfen und noch immer helfen. Deutschland bot mir und meinem Sohn Schutz in der schwierigsten Zeit unseres Lebens, was ich immer erinnern werde.

Ich glaube an den letztendlichen Sieg in diesem Krieg gegen mein Land und dass ich eines Tages zurückkehren kann und dass ich dann in der Lage sein werde, meine neuen Freunde aus Deutschland einzuladen, um ihnen ein wunderschönes Land des Friedens und der Harmonie zu zeigen.

Kampagne Orange the World



Die Kampagne „16 Days of Activism Against Gender Violence“ wurde von der UN ins Leben gerufen. Jedes Jahr finden 16 Tage lang weltweit Veranstaltungen und Aktionen statt, um auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen. Ziel ist es, für das Problem zu sensibilisieren und dagegen zu mobilisieren.

Die Farbe Orange soll hierbei eine hellere Zukunft frei von Gewalt symbolisieren. Die Dauer von 16 Tagen ist dabei kein Zufall: Die Orange Days enden am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte.



Der Fokus liegt auf der Prävention und der Durchsetzung der **Istanbul-Konvention**. Im Zuge dieser Kampagne erstrahlen viele Gebäude auf der ganzen Welt in der Farbe Orange. Auch in Stuttgart werden vielleicht am 25.11.2022 der Landtag, Staatsgalerie, das Haus der Geschichte und die Stiftskirche in Orange angestrahlt. Andere Institutionen hissen Flaggen, wie die von Terre des Femmes.



Ein Auszug aus: Roma/Sinti Diskriminierungsbericht 2022 Freiburg

Vollständig unter: <https://www.roma-buero-freiburg.eu/site/assets/files/1522/diskriminierungsbericht22.pdf>

Der Assimilierungsdruck (Anpassungsdruck) seine kulturelle Identität aufzugeben, hat allgemein gegenüber Migranten und insbesondere gegenüber Roma/Sinti im letzten Jahr weiter zugenommen, dies zeigen Dutzende von Fallbeschreibungen wie auch die Studie »Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit« von 2021. Insbesondere gilt dies für MuslimInnen, Asylsuchende sowie von absoluter Armut Betroffene – alle drei Gruppen sind unter Roma zahlreich.

Es scheint, dass das Drehbuch des 19. Jahrhunderts: Gleichstellung nur bei vollständiger Assimilation und Aufgabe der eigenen Kultur wieder zum gesellschaftlichen Muster wird/werden könnte. Zugleich versiegen interkulturelle Projekte und Dialoge in der Stadt. Die gesellschaftliche Solidarität zwischen den Schichten und Milieus nahm im Jahr 2021 weiter ab und innerhalb der verschiedenen Communities hingegen zu. Die Unsicherheit sowie Bedrohungsgefühle nahmen in öffentlichen, »weiß rassifizierten« Räumen, zu. Eine Politik der Angst hat begonnen, Raum zu greifen. Erstmals in unserer Antidiskriminierungsarbeit wurde persönliche Angst in den AGs zum Thema.

Ähnlich wie der Assimilierungsdruck stieg auch der Ausbeutungsdruck. Die Ausbeutung am Arbeitsplatz der prekären Unterschichten – und Sinti/ Roma als Teil davon – hat sich seit Beginn der Pandemie signifikant erhöht. Dies zeigt der überwiegende Teil der Fallbeschreibungen. Aber nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in (gemischten) Nachbarschaften und Beziehungen zeigt sich dies in Form von permanent in Vorleistung gehen müssen, um sich das Dazugehören zu »verdienen«. Hierüber besteht eine Dichte an Fällen. Allerdings dreht sich gerade strategisch der Arbeitskräfte-Markt auf Deglobalisierung zugunsten der ArbeitnehmerInnen. Dies bewirkte im prekären Raum schon positive Folgen. Wohnen ist weiterhin das größte Problem in Freiburg und Umland. Sanierung und/oder Neubau der Wohnquartiere mit Roma/Sinti Dichte sind jahrzehntelang in der Dauerwarteschleife. Preisgünstige Wohnungen (insbesondere

Sozialbauwohnungen) werden in der Stadt seit Jahrzehnten weniger. Die Folgen sind Überbelegungen und informelles Wohnen, die behördlich sanktioniert werden; dies gilt auch für Roma, die im Asylverfahren in den Flüchtlingsheimen hängenbleiben sind. Insgesamt baut sich ein immer stärker werdender Druck auf, aus der Stadt zu ziehen und dort z.T. in Schrottimmobilien. Die meisten unserer Beratungen drehen sich seit Jahren um Wohnen, Miete und Wohnraumgebühren. SchülerInnen, die Jugend – eine ganze Generation ist in Folge der Pandemie aus dem Rhythmus »Tritt« gekommen und leidet bis heute unter Depressionen und/oder Aggressionen. Es ist gegenwärtig nicht ermessbar mit welchen Folgen. Pragmatisch brauchen sie: Nachhilfe, Einzelbegleitung, psychotherapeutische Hilfen.

Die Folge all dessen: Die Communities verkehren vermehrt untereinander und mit migrantischen Unterschichten, um der Alltagsdiskriminierung zu entkommen. In den segregierten im Westen liegenden Stadtvierteln Freiburgs lebt ein interkultureller Alltagskosmopolitanismus vieler Sprachen. In den rassifiziert-hierarchischen Räumen im Osten der Stadt samt Innenstadt arrangiert sich die Minderheit – aus Sinti werden meist Sizilianer oder Spanier, aus Roma Serben oder Bosnier; und bei der Jugend über alle migrantischen Grenzen hinweg, auch wenn hier geboren, gilt die Selbstbezeichnung allgemein »Ausländer«.

Das Bewusstsein Bürger 2.Klasse zu sein und allem Anschein nach auch bleiben zu sollen, hat sich eingeschrieben, entsprechend gering ist das Gefühl der Loyalität gegenüber Staat und Land. Stadtselbstbild oder die Stadt DNA Im Selbstbild der Stadt gibt es die migrantischen und Minderheiten-Viertel im Westen der Stadt nicht. Für die Freiburger BürgerInnen liegt der Lago (Maggiore) näher als Weingarten, in denen sie nie sind und waren. Es gibt kaum eine deutsche Stadt in der die Segregation zwischen arm und reich, weiß und farbig so ausgeprägt ist wie in Freiburg.

Filmempfehlung: Einfach ein Mensch

„Einfach ein Mensch“ – Dokumentarfilm über Sinti und Roma

Renate ist Sinteza und setzt sich in ihrer Arbeit beim Diakonischen Werk Württemberg für Roma ein. Jovize ist selbst Rom, „Rom zu sein, das bedeutet eher Schmerz“, sagt der gelernte Herrenschneider, denn egal, ob es um Bildung, Gesundheit, Arbeit oder Wohnung geht, als Rom sei man benachteiligt. In Ihrem Dokumentarfilm „Einfach ein Mensch – Sinti und Roma in Württemberg“ begegnen die Filmemacher Menschen dieser größten Minderheit Europas und werfen einen Blick in die Geschichte der Menschen, die eine Zeit der Unterdrückung und Diskriminierung ist, aber auch eine Geschichte des Kampfes um Anerkennung. Und die Kirche? Heute versucht sie an der Seite dieser Minderheit zu stehen – das war nicht immer der Fall.

Dokumentarfilm von Stefan Adam und Silke Stürmer, 25 Min., 2022



Vormerken: Einfach ein Mensch

Freitag **16.12.2022** 18-20 Uhr

Erinnerungsort Hotel Silber, Dorotheenstraße 10 in 70173 Stuttgart

Vor genau 80 Jahren, am 16.12.1942, wurde die vollständige Ermordung der Sinti und Roma beschlossen – mit dem sog. „Auschwitz-Erlass“ von Heinrich Himmler. Ein Dokumentarfilm gibt Einblicke in die größte Minderheit Europas, ihre Geschichte, ihren Kampf um Anerkennung. Neben dem Film erwartet Sie ein Kurzvortrag des Historikers Dr. Tim Müller, Musik und die Gelegenheit auf Austausch.

ANMELDUNG:

Mail: veranstaltungen-hs@hdgbw.de

Telefon: 07 11 / 212 40 40

In Kooperation:

Institut für Care- und Gedächtnisort
Hotel Silber e.V.



Haus der Geschichte
Boden-Württemberg
Der neue Blick

VDSR|BW

VERBAND DEUTSCHER
SINTI & ROMA
LANDSVERBAND
BADEN-WÜRTTEMBERG

NETZWERK FÜR
MISSION | ÖKUMENE |
ENTWICKLUNG
Europäischer Landeskirche
in Württemberg

ERHABLICHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG

Blick über den Tellerrand: Roma-Vereine in Deutschland und Europa

Quelle: Mediendienst Integration

[Sinti & Roma | Gruppen | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION \(mediendienst-integration.de\)](#)

In Deutschland und Europa gibt es eine Vielzahl von Sinti*zze- und Rom*nja-Vertretungen und Forschungsinstituten. Hier eine kleine Auswahl:

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Der Zentralrat ist die wohl bekannteste Selbstorganisation und oftmals erste Anlaufstelle für Medien. Seine Mitglieder verstehen sich als politische Interessenvertretung der seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Sinti*zze und der seit dem 19. Jahrhundert hier lebenden Rom*nja, die so gut wie alle deutsche Staatsbürger*innen sind. Für den Kontext von Rom*nja aus Osteuropa ist er deshalb nicht immer der richtige Ansprechpartner. Der Dachverband wurde 1982 mit Sitz in Heidelberg gegründet und vereint elf Landesverbände und regionale Zusammenschlüsse. Der Zentralrat ist Träger des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti*zze und Rom*nja.

Amaro Drom / Amaro Foro e.V. (Berlin)

Amaro Drom ist eine bundesweite Jugend-Selbstorganisation von Rom*nja und Nicht-Rom*nja. Amaro Foro ist ihr Berliner Landesverband. Der Verein bietet unter anderem Beratung an und setzt sich besonders für die Belange rumänischer und bulgarischer Rom*nja ein.

RomnoKher

RomnoKher Mannheim trägt den Namenszusatz „Haus für Kultur, Bildung und Antiziganismusforschung“ und wird vom **Landesverband Deutscher Sinti Baden-Württemberg**, der Freudenberg Stiftung und der Gesellschaft für Antiziganismusforschung getragen. Das Kulturhaus beherbergt die Hildegard Lagrenne Stiftung. Mittlerweile ist RomnoKher Mannheim Teil einer "Bundesarbeitsgemeinschaft RomnoKher" mit Mitgliedsvereinen in acht Bundesländern.

Hildegard Lagrenne Stiftung

Die Hildegard_Lagrenne_Stiftung mit Sitz in Mannheim setzt sich für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland ein. Die Stiftung berät Vereine der Rom*nja und Sinti*zze, Einzelpersonen sowie Politik und Medien. Zudem fördert sie mit einem Stipendienprogramm Bildungswege von Menschen mit Romno-Hintergrund.

European Roma Institute for Arts and Culture (ERIAC)

ERIAC ist eine gemeinsame Initiative des Europarates, der Open Society Foundations und der "Allianz für das European Roma Institute for Arts and Culture". Seit Mitte 2017 setzt sich der Verein in den Bereichen Kunst, Kultur, Geschichte und Medien gegen Antiziganismus und für ein positives Selbstbild von Sinti*zze und Rom*nja ein.

RomArchive

RomArchive ist ein internationales, digitales Archiv für Kunst und Kulturen der Sinti*zze und Rom*nja. Die Organisation archiviert Kulturgüter der Minderheit und kontextualisiert diese mit zeitgeschichtlichen Dokumenten und wissenschaftlichen Positionen.

ternYe - International Roma Youth Network

Das International Roma Youth Network vereint Roma-Jugendorganisationen aus Albanien, Bulgarien, Deutschland, Ungarn, Italien, Mazedonien, der Slowakei, Spanien und Polen. Das Netzwerk setzt sich für das Gedenken an den Porajmos an den Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus ein und organisiert Zusammenkünfte für Rom*nja in Europa.

European Roma Grassroots Organisations Network (ERGO Network)

Das ERGO Network ist ein Zusammenschluss von 31 NGOs in Europa, das sich für die politische Berücksichtigung alltäglicher Lebensrealitäten der Sinti*zze und Rom*nja, von struktureller Benachteiligung und Antiziganismus auf nationaler und europäischer Ebene einsetzt.

European Academic Network on Romani Studies

Das englischsprachige Netzwerk vereint Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Disziplinen wie der Politologie, Soziologie, Ethnologie und Geschichtswissenschaft. Das Netzwerk ging 2009 aus einer Initiative des Europarats und der Europäischen Union hervor.

Roma Education Fund (REF)

REF ist eine NGO mit Sitz in der Schweiz, die sich mit Projekten und Strategiepapieren für Rom*nja im Bereich Bildung stark macht. Die Organisation ist mit ihren Angeboten international aktiv, unter anderem in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Montenegro.

Weitere Tipps: <https://w2eu.info/en/countries/macedonia/contacts> mit vielen Kontaktdaten von Hilfsorganisationen in Nord-Mazedonien und <https://w2eu.info/en/countries> für die übrigen europäischen Länder

Europäische Anwälte, die zu Flucht und Migration arbeiten, schlossen sich zusammen zu: [Members | European Council on Refugees and Exiles \(ECRE\)](#)

Die Vorurteile sind Diebe, die Laster Mörder.

Viktor Hugo 1802-1885

Tschechien: Mahnmal statt Schweinefarm im ehemaligen Roma-KZ

Auf dem Gelände des ehemaligen Nazi-Konzentrationslagers Lety für tschechische Roma wurde nach langem Hin und Her mit dem Abriss einer Schweinefarm begonnen. Nun entsteht dort ein Mahnmal für den Völkermord an den Roma.

Artikel von Lubos Palata, <https://p.dw.com/p/4EbRt>
Mit freundlicher Genehmigung von Deutsche Welle



Es hat viele Jahrzehnte gedauert - eine entwürdigend lange Zeit für die Opfer und ihre Nachkommen. Doch nun ist es endlich so weit: Am Montag (25.07.2022) wurde auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Lety für tschechische Roma, rund 80 Kilometer südlich von Prag, mit dem Bau einer Gedenkstätte begonnen. Hier kamen während der deutschen Nazi-Besatzung Böhmens und Mährens Hunderte tschechischer Roma um. Die meisten, die das KZ Lety überlebten, wurden von hier aus in deutsche Vernichtungslager transportiert. Und - hier errichtete der realsozialistische Staat in den 1970er Jahren eine Schweinemastfarm. Ein schwer fassbarer Affront gegen die Opfer.

Nach dem Ende der Diktatur 1989 wurde um den Abriss der Farm immer wieder gestritten. Es waren im Wesentlichen politisches Desinteresse und Ignoranz, die bisher verhinderten, dass in Lety eine Gedenkstätte errichtet werden konnte. Am vergangenen Freitag (22.07.2022) begann der Abriss der Schweinemastanlage nun schließlich. An diesem Tag versammelten sich in Lety tschechische Politiker, Diplomaten, Vertreter der tschechischen Roma und Anwohner zu einer Zeremonie, um den Beginn des Gedenkstättenbaus zu würdigen. Überreste Dutzender Roma-Kinder
Zwar erwarb die tschechische Regierung die Schweinefarm bereits im Jahr 2017. Dennoch vergingen weitere fünf Jahre bis zum Baubeginn der Gedenkstätte. "Ich entschuldige mich an dieser Stelle aus tiefstem Herzen für diese politische Trägheit und bringe gleichzeitig meine Freude darüber zum Ausdruck, dass sie heute symbolisch beendet wird", sagte der tschechische Kulturminister Martin Baxa dazu am Freitag in Lety.

Gedenkfeier im ehemaligen KZ Lety am 22.07.2022: Tschechiens Kulturminister Martina Baxa (r.) und Jana Horvathova (2.v.r.), die Direktorin des Museums für Roma-Kultur

Er erinnerte daran, dass auf dem Gelände der ehemaligen Schweinefarm auch die sterblichen Überreste von Dutzenden Roma-Kindern liegen, die dort während ihrer Gefangenschaft ums Leben kamen. "Zofie Janeckova und Tonicka Serynkova erlebten ihren ersten Geburtstag nicht mehr. Jozef Serynko war ein Jahr alt und Frantisek Serynko zwei Jahre alt, als sie alle hier starben. Die neue Gedenkstätte wird dafür sorgen, dass ihre Namen nicht vergessen werden", sagte Baxa.

Zentrale Bedeutung für tschechische Roma Jana Horvathova, die Direktorin des tschechischen Museums für Roma-Kultur, das die Gedenkstätte verwaltet wird, betonte die enorme Bedeutung des Erinnerungsortes für die rund 250.000 Menschen der Roma-Minderheit in der Tschechischen Republik. "Dies ist ein bahnbrechender Moment für uns. Die Gedenkstätte soll an die historischen Fakten erinnern und gleichzeitig aufklären. Sie soll über die Geschichte der Roma und Sinti in der Tschechischen Republik informieren und die Wurzeln des Hasses und der Diskriminierung erläutern", so Jana Horvathova.

Auch viele Nachkommen der Opfer waren zu der Zeremonie am Freitag angereist. "Meine Großmutter und mein Großvater kamen hier um, der Rest meiner Familie wurde von hier nach Auschwitz gebracht. Nur mein Vater hat überlebt", erzählt Antonin Lagrin, 77, der DW. "Mein Vater hat mir erzählt, dass die Polizei des tschechischen Protektorats schlimmer war als die Naziwachen in Auschwitz." Kommunisten wollten Geschichte verschweigen Im Gegensatz zu anderen nationalsozialistischen Konzentrationslagern wurde des KZs Lety während der kommunistischen Ära nicht gedacht. Der Grund dafür war, dass die Einrichtung des Lagers während der Zeit der unabhängigen Tschechoslowakei im März 1939 durch eine Prager Regierungsverordnung beschlossen wurde. Dies war nur eine von vielen diskriminierenden Maßnahmen, die die damalige

politische Vertretung der Tschechoslowakei gegen tschechische Juden und Roma ergriff. Das Lager in Lety wurde von den Nazis ab 1940 ausschließlich für die Inhaftierung tschechischer Roma genutzt, die auf der Grundlage der NS-Rassengesetze vernichtet werden sollten. Etwa 1300 Roma kamen hier ums Leben. Insgesamt überlebten von rund 6500 tschechischen Roma nur etwa 600 den Porajmos, den Völkermord an den europäischen Roma.

Cenek Ruzicka, Überlebender des Porajmos, des Völkermordes an den europäischen Roma und Sinti, beim Beginn des Abrisses der Schweinfarm in Lety

Obwohl die Ruinen des KZs Lety noch in den 1970er Jahren sichtbar waren, errichteten die kommunistischen Behörden hier eine große Schweinemastanlage. Erst Anfang der 1990er Jahre wurde ein größerer Teil der tschechischen Öffentlichkeit auf diesen Skandal aufmerksam - durch den US-Journalisten und Historiker Paul Polansky. Er hatte in einem Archiv in der südböhmischen Stadt Trebon Zehntausende von Dokumenten aus dem Lager entdeckt und schrieb ein Buch über Lety.

Gedenkstätte und Museum ab 2024

Nach einer stürmischen Debatte, auch über den tschechischen Beitrag zur Errichtung und zum Betrieb des Lagers, wurde 1995, auch dank der Bemühungen des damaligen Präsidenten Vaclav Havel, in der Nähe der Schweinfarm eine Gedenkstätte eingerichtet. "Das totalitäre System der Nazis hat die Roma fast ausgerottet. Das totalitäre kommunistische Regime sorgte dafür, dass die Erinnerung an die Roma in Vergessenheit geriet. Der Ort der Tragödie in Lety wurde sogar von einer Schweinemastanlage

verdeckt", sagte Havel damals. Doch es dauerte weitere 22 Jahre, bis die tschechische Regierung die Schweinezuchtanlage 2017 kaufte und die Planung einer Gedenkstätte einleitete.

In den kommenden zwei Jahre werde hier nun ein Mahnmal für den Porajmos, die Vernichtung der Roma und Sinti in Böhmen, errichtet, sagt Karolina Spielmannova, Sprecherin des Museums für Roma-Kultur, das die Gedenkstätte in Lety verwalten wird, der DW. "Das Mahnmal wird nicht nur ein Ort des Gedenkens sein, sondern auch eine Innen- und Außenausstellung umfassen", so Spielmannova. Das gesamte, rund 100 Hektar große Gelände soll der Öffentlichkeit ab 2024 zugänglich gemacht werden.

Verbesserungen für Roma?

Die Roma-Minderheit in der Tschechischen Republik steht immer noch weitgehend am Rande der Gesellschaft. Ihr Status verbessert sich nur sehr langsam, was sich in der massiven Auswanderung nach Westeuropa, in den vergangenen Jahren, vor allem nach Großbritannien, widerspiegelt, wo Roma nicht so stark mit ethnischer Diskriminierung konfrontiert sind. In Tschechien äußern sich selbst hochrangige Politiker immer wieder rassistisch über Roma, allen voran Staatspräsident Milos Zeman, der Roma mehrfach als arbeitsscheu darstellte.

"Ich hoffe, dass diese Veranstaltung der Beginn einer Verbesserung der Gesamtsituation der Roma ist", sagte Jana Horvathova am Freitag vor den Gästen der Feier in Lety. "Die Erkenntnis, was unseren Roma in unserem Land, das auch ihr Land war, widerfahren ist, ist eine notwendige Voraussetzung dafür."

Flüchtlingsrat Berlin und Pro Asyl legen umfassende Analyse zum AsylbLG vor und fordern die Einbeziehung von Flüchtlingen in das Bürgergeldgesetz

Quelle: www.harald-thome.de

Pro Asyl legt gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Berlin anlässlich der Verabschiedung des Bürgergeldgesetzes die umfassende Analyse „Das Asylbewerberleistungsgesetz – Einschränkungen des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für Geflüchtete. Bedarfsdeckung und Regelsätze nach Asylbewerberleistungsgesetz, Hartz IV und Bürgergeldgesetz“ vor. Darin werden im Detail Historie und Zielsetzung des Gesetzes sowie die Methodik zur Ermittlung der Hartz-IV-Regelsätze (künftig „Bürgergeld“ genannt) und der Leistungssätze des AsylbLG untersucht. Besonders problematisch tritt dabei das angeblich geringere Existenzminimum geflüchteter Menschen nach dem AsylbLG zutage. Bei der scheinbar objektiven empirischen „Bedarfsermittlung“ zeigen sich gravierende Mängel. Sehr viele Bedarfe von Asylsuchenden

lässt der Gesetzgeber ohne nachvollziehbare Begründung einfach unter den Tisch fallen. Die Analyse gibt es hier: <https://t1p.de/whtmb>

Gleichzeitig wird die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes und Einbeziehung Geflüchteter ins Bürgergeld gefordert, Infos dazu: <https://t1p.de/x006v>

Gemeinsame Pressemitteilung von AA und BMI zum Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Menschen aus Afghanistan

17.10.2022 - Pressemitteilung

Deutschland setzt sich im Rahmen der internationalen Bemühungen auch nach der Machtergreifung durch die Taliban Mitte August 2021 weiterhin für die Menschen in Afghanistan ein. Hierzu gehören neben der humanitären Hilfe vor Ort auch die in den vergangenen Monaten erfolgten Aufnahmen von ehemaligen Ortskräften und weiteren besonders gefährdeten Afghaninnen und Afghanen.

Fast 26.000 Ortskräfte und besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen konnten bereits die von der Bundesregierung ermöglichten Aufnahmewege nach Deutschland nutzen.

Daran knüpft die Bundesregierung nun mit dem Bundesaufnahmeprogramm an und setzt damit ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um. Teil des Abstimmungsprozesses war auch eine strukturierte Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat und das Auswärtige Amt haben unter Beteiligung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie im Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft ein ausgewogenes Programm entwickelt.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser:

Wir handeln und erfüllen unsere humanitäre Verantwortung. Im EU-Vergleich haben wir mit Abstand die meisten Aufnahmen von ehemaligen Ortskräften und weiteren besonders gefährdeten Afghaninnen und Afghanen in Deutschland ermöglicht.

Diese Verantwortung übernehmen wir auch weiterhin. Dafür haben wir jetzt einen strukturierten Rahmen für die Zukunft geschaffen. Auf der Grundlage festgelegter Aufnahmekriterien können wir besonders gefährdeten und vulnerablen Personen aus Afghanistan Schutz bieten. Dabei orientieren wir uns an der Zahl der Menschen, die wir auch bisher aufgenommen haben. Denn wir sehen die große Belastung der Kommunen durch die hohe Anzahl Geflüchteter, die wir in diesem Jahr bereits aufgenommen haben. Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit haben wir fest im Blick.

Bei der Umsetzung gehen wir in der engen Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen neue Wege und Kooperationsformen ein, die es so bisher nicht gegeben hat. Dafür stärken wir die Strukturen der zivilgesellschaftlichen Organisation insbesondere mit einer Koordinierungsstelle, um sie bei der Beteiligung am Programm zu unterstützen.

Viele Menschen in Afghanistan leben jeden Tag in Angst vor Verfolgung und Gewalt – Menschen, die mit uns an eine bessere Zukunft Afghanistans geglaubt, sie gelebt, sich dafür eingesetzt haben. Vor allem Frauen und Mädchen rauben die Taliban seit letztem Sommer jede Perspektive und Hoffnung, schränken ihre Rechte immer weiter ein, gehen brutal gegen jede und jeden vor, die sich dagegen wehrt. Besonders

an sie richtet sich deshalb das humanitäre Aufnahmeprogramm, das heute endlich an den Start geht. Ihnen wollen wir ein Stück Hoffnung zurückgeben und die Chance auf ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und Sicherheit.

Besonders dankbar bin ich den vielen Engagierten in der Zivilgesellschaft, die mit bewundernswertem Einsatz und teils unter größtem persönlichen Risiko seit letztem Jahr helfen, Menschen aus Afghanistan zu retten. Sie haben uns bei der Erarbeitung von Auswahlkriterien und Zielgruppen beraten und helfen, dass wir mit dem Bundesaufnahmeprogramm diejenigen Menschen erreichen, die es am dringendsten brauchen. Dafür haben wir jetzt auch einen klaren und verlässlichen rechtlichen Rahmen geschaffen.

Heute geht es an die Umsetzung. Dabei will ich nicht verheimlichen: wir stehen weiterhin vor einer Mammutaufgabe. Zu erklären, dass wir Menschen aufnehmen, ist das eine – dafür zu sorgen, dass sie dann auch sicher aus Afghanistan heraus nach Deutschland kommen können, das andere. Es wird eine gemeinsame Kraftanstrengung, dass wir die Ziele auch erreichen, die wir uns gesteckt haben. Wir werden nicht lockerlassen.

Ein perfektes System wird es angesichts des komplexen Themas und der extrem schwierigen Lage vor Ort nicht geben können. Wir sind uns der auch im neuen Bundesaufnahmeprogramm liegenden Baustellen bewusst. Aber endlich ein bundesweites Programm zu haben, um besonders Schutzbedürftige möglichst gefahrlos auf legalem Wege in Sicherheit zu bringen, ist tausendmal besser als kein Aufnahmeprogramm zu haben.

Für das Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Menschen aus Afghanistan wurde folgender Rahmen vereinbart:

Zielgruppe:

Afghanische Staatsangehörige in Afghanistan, die

- sich durch ihren Einsatz für Frauen- und Menschenrechte oder durch ihre Tätigkeit in den Bereichen Justiz, Politik, Medien, Bildung, Kultur, Sport oder Wissenschaft besonders exponiert haben und deshalb individuell gefährdet sind

oder

- die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität oder ihrer Religion eine sich aus den besonderen Umständen des Einzelfalles ergebende spezifische Gewalt oder Verfolgung erfahren bzw. erfahren haben und deshalb konkret und individuell gefährdet sind, insbesondere als Opfer schwerer individueller Frauenrechtsverletzungen, homo- oder transfeindlicher Menschenrechtsverletzungen oder als exponierte Vertreterinnen und Vertreter religiöser Gruppen/Gemeinden.

Verfahren:

Für das Programm kommen nur Menschen mit Aufenthalt in Afghanistan in Betracht. Geeignete Personen sind von meldeberechtigten Stellen vorzuschlagen. Meldeberechtigte Stellen sind solche, die von der Bundesregierung für dieses Vorschlagsrecht aufgrund ihrer spezifischen Kenntnisse der für die Aufnahme in Frage kommenden Personen oder Verhältnisse in Afghanistan bestimmt werden. Hierfür kommen auch zivilgesellschaftliche Organisationen in Frage. Die teilnehmenden zivilgesellschaftlichen Organisationen werden durch eine vom BMI finanzierte Koordinierungsstelle bei diesem Verfahren unterstützt.

Der Vorschlag erfolgt, in dem meldeberechtigte Stellen die für eine Auswahl und Aufnahme

erforderlichen Daten und Informationen zu einer Person in einer vom BMI zur Verfügung gestellten IT-Anwendung eingeben. Der Zugang zur IT-Anwendung ist nur nach vorheriger Authentifizierung als meldeberechtigte Stelle möglich. Erste Eingaben in die IT-Anwendung werden nach erfolgreicher Registrierung meldeberechtigter Stellen in den kommenden Tagen erfolgen können.

Im Fokus stehen zu Beginn des Programms zunächst Personen, zu denen die teilnehmenden Stellen bereits Informationen haben. Es ist beabsichtigt, Möglichkeiten für neue Anmeldungen in einer späteren Phase des Programms zu schaffen.

Die Bundesregierung trifft auf der Grundlage der vorgelegten Vorschläge und festgelegter Auswahlkriterien die Auswahlentscheidung. Auswahlentscheidungen finden in regelmäßigen Abständen unter Zugrundelegung des aktuellen Datenbestandes statt, während die meldeberechtigten Stellen fortlaufend Vorschläge einbringen können. Bei der Berücksichtigung von Familienangehörigen kommt eine Familiendefinition zur Anwendung, die an die Lebensrealität vor Ort angepasst ist.

Die Umsetzung soll nun zügig erfolgen, sodass die ersten Aufnahmen erteilt und die ausgewählten Personen aktiv bei der Ausreise unterstützt werden können. In der Anlaufphase des neuen Programms läuft die Aufnahme in bereits bekannten Fällen nach den bisher geltenden Kriterien weiter.

Größenordnung

Mit dem Bundesaufnahmeprogramm ist geplant, im Monat ca. 1.000 besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen mit ihren Familienangehörigen aus Afghanistan aufzunehmen. Das entspricht dem Umfang der Aufnahmen besonders gefährdeter Afghaninnen und Afghanen in den vergangenen Monaten.

Bisherige Aufnahmen und Einreisen

Bisher hat die Bundesregierung für ca. 38.100 Afghaninnen und Afghanen eine Aufnahme zugesagt. In den vergangenen Monaten wurden im Schnitt für ca. 1.000 Personen im Monat Aufnahmen erklärt. Unter den Personen mit Aufnahmezusage befinden sich ca. 24.500 ehemalige Ortskräfte und ca. 13.600 weitere gefährdete Afghaninnen und Afghanen, jeweils einschließlich berechtigter Familienangehöriger. Davon sind mehr als zwei Drittel (ca. 26.000 Personen) bereits nach Deutschland eingereist.

Weitere Informationen zum Programm hat die Bundesregierung auf folgender Webseite www.bundesaufnahmeprogrammafghanistan.de zusammengestellt.

Flüchtlingsrat Niedersachsen kritisiert Ausgestaltung des Bundesaufnahmeprogramms für gefährdete Afghan:innen

Heute hat die Bundesregierung auf einer [eigens eingerichteten Website](#) bekannt gegeben, dass das Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghan:innen startet. Das bereits im Koalitionsvertrag angekündigte Programm soll insbesondere Menschen begünstigen, die ihre Gefährdung überzeugend darlegen können. Dazu wurde ein Online-Tool entwickelt, das über 100 Fragen umfasst und neben Personendaten auch medizinischen Behandlungsbedarf, Lebensumstände, tätigkeitsbezogene Gefährdungen, Vulnerabilität aufgrund von Geschlecht, Religionszugehörigkeit, sexueller

Orientierung oder Geschlechtsidentität sowie Deutschlandbezug und Integrationsprognose abfragt. Die Angaben sollen, soweit möglich, mit Dokumenten belegt werden.

Laut der [FAQs](#) sind nur „meldeberechtigte Stellen“ dazu befugt, gefährdete Personen zu erfassen. Diese „meldeberechtigten Stellen“ sollen selbst darüber entscheiden, ob sie sich überhaupt als solche zu erkennen geben. Zunächst sollen ausschließlich Eingaben bearbeitet werden, die dem Auswärtigen Amt

bereits vorliegen. Eine individuelle Bewerbungsmöglichkeit für Einzelpersonen besteht laut der FAQs derzeit hingegen nicht.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen kritisiert dieses Verfahren scharf:

„Das Aufnahmeprogramm bietet derzeit weder für gefährdete Personen in Afghanistan noch für in Deutschland lebende Menschen, die Angehörige in Afghanistan haben, eine Perspektive. Es bräuchte eine Option der eigenständigen digitalen Antragstellung und eine zentrale Stelle, an die sich Betroffene bei Fragen wenden können. Das Aufnahmeprogramm bleibt exklusiv, intransparent und setzt Verbindungen zu großen Organisationen voraus. Darüber hinaus schließt es Menschen aus, die bereits in Nachbarländer geflohen sind. In aller Regel haben sie dort jedoch keine Bleibeperspektive und sind von Abschiebung bedroht.“, so Annika Hesselmann vom Flüchtlingsrat Niedersachsen.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert einen fairen und gleichberechtigten Zugang zum Aufnahmeverfahren auch für betroffene Afghan:innen.

Den FAQs der Bundesregierung ist zu entnehmen, dass Organisationen sich nur dann darauf bewerben können, meldeberechtigte Stellen zu werden, „wenn sie im Rahmen der im August 2021 erfolgten Evakuierungen aus Afghanistan bzw. den laufenden Aufnahmen aus Afghanistan mit dem Auswärtigen Amt zusammengearbeitet haben oder zwischen 2013 und 2021 eine finanzielle Unterstützung zur Umsetzung von zivilgesellschaftlichen Projekten in Afghanistan aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erhalten haben.“ Das bedeutet, dass nicht nur die allermeisten NGOs, sondern auch Wohlfahrtsverbände und Migrationsberatungsstellen diese Möglichkeit in der Regel nicht erhalten werden.

Beschränkungen des Zugangs zum Bewerbungsverfahren und weitere Verzögerungen bei der Umsetzung des Aufnahmeverfahrens gefährden die Betroffenen und sind nicht hinzunehmen: Aus der [Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken](#) geht hervor, dass mehr als 30 Menschen verstorben sind, während sie auf die Evakuierung warteten. Zwar scheint die Organisation der Ausreisen mittlerweile besser zu laufen, als noch

zu Beginn des Jahres, aber bis Aufnahmezusagen erteilt werden, vergehen teilweise Monate.

Auch die von uns geforderte Reform des Ortskräfteverfahrens ist noch immer nicht beschlossen: Weiterhin erhalten nur diejenigen eine Aufnahmezusage, die nach Ende 2012 in einem direkten Anstellungsverhältnis standen (z.B. als Dolmetscher bei der Bundeswehr). Dies schließt Menschen aus, die in Subunternehmen für die deutsche Regierung tätig waren oder Honorarverträge hatten. Menschen, die bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) angestellt waren und Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt haben, erhalten nur eine Aufnahmeerlaubnis, wenn sie zusätzlich glaubhaft machen, dass eine individuelle Gefährdung vorliegt.

„Diese Praxis der Ampel-Koalition fällt weit hinter den Zusagen der ehemaligen schwarz-roten Bundesregierung zurück, wonach Ortskräfte, die ab 2013 beschäftigt waren, ohne weitere Prüfung einer Gefährdung aufgenommen werden sollten. Wir beobachten seit einiger Zeit, dass GIZ-Mitarbeitende vermehrt Ablehnungen erhalten. Eine individuelle Begründung liegt den Betroffenen nicht vor. Die Kriterien für eine Aufnahmezusage sind uns unklar.“, so Maryam Mohammadi.

„Die im Koalitionsvertrag angekündigte Beschleunigung des Familiennachzugs lässt ebenfalls auf sich warten. Nach unseren Erfahrungen warten afghanische Staatsangehörige derzeit über 24 Monate auf einen Termin zur Beantragung des Visums. Erst danach beginnt die Bearbeitungszeit, die in der Regel noch einmal mehrere Monate beträgt.“, fügt Karim Alwasiti hinzu.

Rückblick

Nach der Machtübernahme der Taliban wollten viele Menschen so schnell wie möglich aus Afghanistan flüchten. Die immer noch im Land aufhältigen Ortskräfte konnten ein Aufnahmeersuchen nach § 22 S. 2 AufenthG über ihre ehemaligen Arbeitgeber*innen einreichen. Diese leiteten die Ersuchen an die jeweiligen Ministerien (Bundesministerium der Verteidigung, Ministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung, Bundesministerium des Inneren oder Auswärtiges Amt) weiter.

Neben des Ortskräfteverfahren wurde akut gefährdeten Personen die Möglichkeit eröffnet, ein Aufnahmeersuchen an das Auswärtige Amt zu stellen. Insbesondere besonders exponierte Menschenrechtsaktivisten hatten die Chance, auf die sogenannte Menschenrechtsliste zu gelangen. Die Kriterien für die Aufnahme blieben leider völlig intransparent und die Kommunikation war mangelhaft. Schon Ende August wurde die Liste wieder geschlossen. Die allermeisten Menschen haben bis heute auf ihr Gesuch keine Rückmeldung erhalten. Eine Aufnahmezusage wurde überdurchschnittlich häufig erteilt, wenn das Ersuchen nicht von der Person selbst, sondern über eine größere Organisation oder ein Mitglied des Bundestags eingereicht wurde.

Als sich Anfang 2022 abzeichnete, dass das im Koalitionsvertrag versprochene Aufnahmeprogramm nur schwerlich umsetzbar ist, wurde die Möglichkeit wieder aufgenommen - in „außergewöhnlich dringlichen Fällen“, wenn „sehr exponierte Personen“ Antragstellende sind und die Aufnahme nicht mehr bis zum Aufnahmeprogramm warten kann, sollten Anträge gestellt werden. Die Mailadresse dafür wurde jedoch nicht öffentlich gemacht – das Auswärtige Amt teilte mit, dass es mit einer großen Menge an Anfragen überfordert werden würde. Es drängt sich der Eindruck auf, dass auch die neue Bundesregierung alles daran setzt, den Arbeitsaufwand in Bezug auf das Aufnahmeprogramm möglichst gering zu halten.

Kontakt

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.:
Annika Hesselmann: 0511 – 81 12 00 80 |
ahe(at)nds-fluerat.org
Karim Alwasiti: 0 511 / 98 24 60 32 |
ka(at)nds-fluerat.org
Maryam Mohammadi: 0511 – 84 87 99 76 |
mmo(at)nds-fluerat.org



EKD-Flüchtlingsbeauftragter Christian Stäblein fordert Abschiebestopp nach Pakistan „Menschen in ein Katastrophengebiet hinein abzuschieben, ist unmenschlich und unwürdig.“

Angesichts der verheerenden Überschwemmungen in Pakistan fordert Christian Stäblein, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und EKD-Beauftragter für Flüchtlingsfragen, einen vorübergehenden Abschiebestopp.

„Pakistan ist nach der Flutkatastrophe in einer furchtbaren Lage. Noch immer kämpfen dort Millionen Bewohner um ihr Überleben. Menschen aus Deutschland zwangsweise nach Pakistan in ein Katastrophengebiet abzuschieben, ist unmenschlich und unwürdig“, sagt der EKD-Flüchtlingsbeauftragte Bischof Christian Stäblein. Ein Drittel des Landes ist überflutet. Infrastruktur, Häuser und Ernten wurden in weiten Landesteilen Pakistans zerstört. Mehr als 1400 Bewohnerinnen und Bewohner des Landes kamen in der Flutkatastrophe ums Leben, mehr als sieben Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht. „Um ihrer geschundenen Seelen willen, bitten wir die Bundesregierung in dieser dramatischen Situation die weiterhin geplanten Abschiebungen nach Pakistan für die nächste Zeit auszusetzen“, fordert Bischof Christian Stäblein weiter. „Die Bundesregierung hat ihre Hilfen für Pakistan in den vergangenen Tagen erhöht, das ist eine wichtige humanitäre Unterstützung. Eine Aussetzung der Abschiebungen wäre ebenfalls ein wichtiges Zeichen der Menschlichkeit.“ Vom Flughafen München startete zuletzt am 6. September ein Sammelabschiebecharter nach Islamabad, im Oktober ist ein weiterer Abschiebeflug geplant.

Hannover, 7. Oktober 2022
Pressestelle der EKD

Sofortiger Stopp aller Abschiebungen in den Iran!

Gemeinsame Pressemitteilung von PRO ASYL und den Landesflüchtlingsräten

PRO ASYL und die Landesflüchtlingsräte bekräftigen mit Blick auf die eskalierende Gewalt gegenüber Demonstrierenden durch das iranische Regime die Forderung nach dem Stopp aller Abschiebungen in den Iran. Niedersachsen geht mit gutem Beispiel voran.

Seit dem Tod der 22-jährigen Jina (Mahsa) Amīnī, die am 13. September verhaftet wurde, weil sie ihr Kopftuch nicht ordentlich getragen haben soll, breiten sich ausgehend von ihrer Heimatstadt Saqqez in vielen Teilen des Irans und Ostkurdistan Proteste gegen das unterdrückerische Ajatollah-Regime aus. Diese werden vorrangig von Frauen, LGBTIQ-Aktivist*innen, Schüler*innen und Student*innen, Arbeiter*innen und vielen weiteren marginalisierten Gruppen angestoßen, organisiert und durchgeführt.

Das iranische Regime reagiert mit brutaler Gewalt. Seit Beginn der Aufstände wurden bereits Hunderte Menschen ermordet sowie Tausende Protestierende verschleppt und inhaftiert. „Das Regime im Iran zeigt weiterhin, wie menschenverachtend und brutal es ist. Auf Protestierende wird geschossen, sie werden verschleppt und inhaftiert, gefoltert und getötet. Es reicht nicht, dass sich sämtliche Politik*innen mit den mutigen Menschen im Iran und Ostkurdistan solidarisieren. Sie müssen auch konkret dafür sorgen, dass niemand diesem Regime durch Abschiebung ausgeliefert wird“, fordert Nazanin Ghafouri vom Flüchtlingsrat Bremen. PRO ASYL und die Landesflüchtlingsräte fordern: Die Bundesländer sollten vorangehen und nicht auf die Bundesregierung warten. Jede Landesregierung kann und muss sofort Abschiebungen aussetzen – spätestens bei der Innenminister*innenkonferenz im Dezember muss ein formaler Abschiebungsstopp beschlossen werden.

Dass solch klare Entscheidungen notwendig sind, zeigte sich kürzlich in Bayern [2], wo am 29. September ein Iraner bei einem Termin in der Ausländerbehörde inhaftiert wurde, um abgeschoben zu werden. Niedersachsens

Innenminister hat heute Abschiebungsstopp angekündigt Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius hat heute angekündigt, dass Niedersachsen keine Abschiebungen mehr durchführen wird und er das Thema für die Innenministerkonferenz anmelden will. Auch Schleswig-Holstein will sich beim Bund für einen landesweiten Abschiebungsstopp einsetzen. „Diese ersten Initiativen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind wichtig, die anderen Bundesländer müssen direkt nachziehen.

Angesichts einer bislang restriktiven Entscheidungspraxis bei Asylanträgen von iranischen Asylsuchenden leben Tausende mit Duldung in Deutschland. Für diese Menschen braucht es dringend aufenthaltsrechtliche Sicherheit. Niemand kann mehr leugnen, dass die iranische Regierung ein verbrecherisches Regime ist“, ergänzt Wiebke Judith, rechtspolitische Sprecherin von PRO ASYL. Hintergrund Iran zählt zu den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern von Asylsuchenden in Deutschland (im 1. Halbjahr 2022 mit 1.925 Asylerstanträgen, BAMF Schlüsselzahlen Asyl 2022 [3]). Die Anerkennungsquote für Iraner*innen im Asylverfahren liegt bei etwa 30 Prozent (bereinigte Schutzquote knapp 50 Prozent, Bundestag Drs. 20/2309 [4]). Mehr als 10.000 Iraner*innen in Deutschland leben mit dem prekären Status der Duldung, viele von ihnen unterliegen einem Arbeitsverbot (Bundestag Drs. 20/3201 [5]). PRO ASYL steht Ihnen für Rückfragen und weitere Informationen

EKD Evangelische Kirche
in Deutschland

Bundesverwaltungsgericht: Passbeschaffung für eritreische Staatsangehörige bei Erfordernis einer "Reueerklärung" unzumutbar

Das Bundesverfassungsgericht hat nun der **Rechtsfrage, ob es für subsidiär geschützte Eritreer*innen zumutbar ist, einen Nationalpass zu beschaffen** eine erfreuliche Entscheidung getroffen. Bisher gingen die meisten Ausländerbehörden davon aus, dass es subsidiär geschützte Eritreer*innen möglich und zumutbar ist, einen Nationalpass zu beschaffen, um die Passpflicht zu erfüllen, auch wenn sie dabei eine „Reueerklärung“ unterzeichnen müssen.

Das BVerwG stellt fest: Wenn die subsidiär geschützte Person gegenüber der Ausländerbehörde plausibel darlegt, dass er oder sie die „Reueerklärung“ nicht abgeben will, ist die Passbeschaffung unzumutbar. Die Person kann einen Reiseausweis für Ausländer nach §5 AufenthV erhalten. Zur Zumutbarkeit der Zahlung der Aufbausteuer* hat sich das BVerwG in seiner Pressemitteilung nicht geäußert. Die Entscheidung im Volltext ist bisher nicht veröffentlicht. Eine ausführliche Erläuterung zur Entscheidung finden Sie hier: [Informationsverbund Asyl & Migration - Detail](#)

*Die Frage, die das Bundesverwaltungsgericht zu beantworten hatte, war, ob es der betroffenen Person zumutbar ist, einen Pass bei einer eritreischen Auslandsvertretung zu beantragen. Hierfür müssen eritreische Staatsangehörige eine sogenannte Reueerklärung abgeben, wonach sie zugeben, illegal ausgereist zu sein und ihre nationale Pflicht verletzt zu haben. Das bedeutet, dass sie sich nach eritreischem Recht selbst einer Straftat bezichtigen. Außerdem müssen sie eine "Diaspora-Steuer/Aufbau-Steuer" in Höhe von 2% ihres Einkommens bezahlen.

„Sie ist groß. Sie ist schnell. Sie wird Leben retten!“ United4Rescue schickt drittes Bündnisschiff ins Mittelmeer

Presseerklärung

Hannover, 26.9.2022

Bei Fragen kontaktieren Sie uns gerne: Susanne Jacoby, Pressekontakt, jacoby@united4rescue.org, +49151 50126724

United4Rescue schickt gemeinsam mit der Seenotrettungsorganisation Sea-Watch e.V. und weiteren Partnern ein weiteres Rettungsschiff ins Mittelmeer. Das Schiff Ocean Don, wie die zukünftige Sea-Watch 5 noch heißt, ist ein ehemaliges Versorgungsschiff Baujahr 2010 mit 58 Meter langem Rumpf. Das Schiff ist größer, schneller und effizienter als die Schiffe, die Sea-Watch bislang in den Einsatz gebracht hat. Durch seine Größe und Bauart kann es mehr Menschen in Seenot an Bord nehmen und sie besser versorgen.

Liza Pflaum, stellvertretende Vorsitzende von United4Rescue, sagt dazu: „Wir freuen uns enorm über dieses dritte Bündnisschiff von United4Rescue. Die Sea-Watch 5 ist groß, sie ist schnell und sie wird Leben retten!“ Der Einsatz für die zivile Seenotrettung sei gerade jetzt wichtiger denn je: „Nach dem Sieg der rechten Allianz in Italien drohen die Menschenrechte im Mittelmeer endgültig unterzugehen. Mehr denn je kommt es jetzt auf

die solidarische Zivilgesellschaft an. Mit dem neuen Bündnisschiff setzen wir der tödlichen Abschottungspolitik der EU-Staaten ein starkes Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit entgegen.“ Die Bekanntgabe des neuen Rettungsschiffs kommt nur einen Tag, nachdem in Italien eine Mehrheit das rechte Bündnis um die rechtsradikale Partei Fratelli d'Italia gewählt hat.

Johannes Bayer, Vorstand von Sea-Watch e.V.: „Der Kriminalisierung von Migration und Seenotrettung durch einen Parteizusammenschluss mit neofaschistischen Wurzeln setzen wir diametrale Werte entgegen. Statt ‚Mother, Italian, Christian‘ sagen wir ‚Seenotrettung, Menschenrechte, Sea-Watch 5‘“, so Bayer.

Die Ocean Don soll zeitnah auf den neuen Namen Sea-Watch 5 getauft und anschließend für den ersten Einsatz umgebaut werden. In wenigen Monaten soll das Schiff das erste Mal zu einem Rettungseinsatz auslaufen.

Gemischtes Doppel im Untergeschoss

Bericht: Regine Koch-Bah

Wenn Thanja ihre Frauen ruft zum gemeinsamen Kochen und anschließendem Essen, ist unsere Küche ein großer Treffpunkt und das anschließende Essen ein Fest! Wenn Olena ihren ukrainischen Frauen anbietet, ein gemeinsames Kochen und Essen zu veranstalten, wird dieses Angebot ebenso gerne angenommen. In der Küche wird gebrutzelt und gelacht und beim Essen tauscht frau sich aus. Bei einer der letzten Teambesprechungen kam dann die Idee auf, ein gemeinsames Kochen und Essen zu veranstalten: Über die Sprachbarrieren hinweg! Schnell wurde vereinbart, welche Spezialitäten jede Kochgruppe zubereitet und wieviele Gästinnen einzuladen seien (Das Büroteam wurde – welch Glück – auch mitgezählt!). Von ukrainischer Seite gab es: Vinigriet (Kartoffeln, Rote Beete, Sauerkraut, saure Gurken, Karotten und Kidneybohnen) und Deruny (Kartoffelplätzchen). Und Thanjas Team steuerte Dolmas, die unvergleichlichen Falafel, gefüllte Zwiebeln, gefüllte Auberginen und roten Reis dazu. Als Nachtisch stand – wie von Zauberhand bestellt – eine prächtige Torte und Obstsalat auf dem Büfett. Zum Essen schien unser Werkraum anfangs zu klein. Doch durch Aufstellen der Tische in „Fischgrätenform“ konnten wir die Anzahl Sitzplätze so erhöhen, dass 20 Frauen Platz fanden und sich das Essen schmecken ließen. Manch eine überwand ihre Scheu, suchte als Ukrainerin das Gespräch mit einer Kurdin oder als Iranerin das Gespräch mit einer Syrerin.

Das Experiment mit gemischten Gruppen wollen wir fortführen. Demnächst geht eine Handarbeitsgruppe an den Start mit Frauen aus den unterschiedlichsten Ländern. Wir freuen uns auf sie!



Termine im Dezember 2022:

30 Tage im November Vom Wert der Menschen Rechte

237 Initiativen, Organisationen, Institutionen, Theater, Buchhandlungen, Vereine u. a. haben sich zusammengeschlossen und 163 Veranstaltungen für den Zeitraum 27. Oktober bis 4. Dezember 2022 zum Thema "Menschenrechte" organisiert, das nicht nur in Stuttgart.

Weitere Infos unter:

[30 Tage im November – Eine Initiative der AnStifter – Bürgerprojekte gegen Gewalt und Vergessen](#)

MORE I(')M PERFECTION



Tanztheater der Salamaleque Dance Company/Dancers across Borders

Nach einer gelungenen Premiere im September, legt die Company mit MORE I(')M PERFECTION noch eine Schippe drauf. Können wir durch positive Gedanken perfektes Leben erreichen? Woher kommt unsere Idee von Perfektion? Warum müssen wir an unserem eigenen Perfektionsanspruch zwangsläufig scheitern?

Tänzerinnen und Tänzer aus der Ukraine, Afghanistan, Iran, Brasilien, Polen, Griechenland, Ghana und Deutschland nähern sich diesen Fragen tänzerisch.

In Zeiten, in denen die Kulturschaffenden mit sinkenden Zuschauerzahlen und wenig Förderungen zu kämpfen haben, ist diese **BENEFIZVERANSTALTUNG** eine Gelegenheit, einen schönen Tanzabend mit einem guten Zweck zu verbinden. Bei der anschließenden Publikumsdiskussion gibt es die Möglichkeit zu Austausch und Diskussion! Die Salamaleque Dance Company/dancers across Borders freut sich auf Ihren/Euren Besuch!

Heidi Rehse

Dancers across Borders & Salamaleque Dance Company

Benefizveranstaltung
 Samstag, 10.12.22, 20.00 Uhr
 Sonntag, 11.12.22, 16.00 Uhr
 TREFFPUNKT Rotebühlplatz
 Robert-Bosch-Saal, EUR 18.00
 ermäßigt EUR 16.00 / EUR 3.00

STUTTGART |

salamaleque e.V.

TREFFPUNKT Rotebühlplatz
Lernen, Bildung, Kultur www.vhs-stuttgart.de
www.salamaleque.com

www.facebook.com/vhsstuttgart
www.facebook.com/SalamalequeDanceProject

Der Tag des Flüchtlings - immer am Freitag der Interkulturellen Woche

Bericht: Regine Koch-Bah

Mit der Gründung von PRO ASYL im Jahr 1986 wurde auch der **Tag des Flüchtlings** ins Leben gerufen, der seitdem integraler Bestandteil der Interkulturellen Woche ist. Er findet immer am Freitag der Aktionswoche statt – 2022 war der Termin der 30. September.

Der Tag des Flüchtlings bietet die Gelegenheit, im Rahmen der IKW noch einmal besonders auf die Themen, Flucht, Asyl, Migration und Seenotrettung aufmerksam zu machen – mit öffentlichen Aktionen, Themengottesdiensten, Gesprächsrunden oder mit einem Fest, wie es der Ak Asyl Stuttgart seit Jahren feiert.

Auch dieses Mal versammelten wir Freunde und Gäste des Ak Asyl im AWO-Gebäude „Altes Feuerwehrhaus“ in Heselach. Weil Corona weder eine Bewirtung noch ein zu langes Verweilen in den Räumen erlaubte, luden wir zu einem Bühnenprogramm von sangesfreudigen

Geflüchteten ein. Wir baten sie, uns ein oder zwei Lieder aus ihrer Heimat vorzustellen und zu singen. Die bunte Mischung aus Jung und Alt, Männlich und Weiblich, Solo oder im Duett hat allen – Beteiligten wie Gästen – sehr gefallen. Das Bewirtungsteam hat passend dazu Knabbertüten erstellt und verteilt und das Thekenteam, bestehend aus den jungen Töchtern von Peyman und Leila, haben sehr sympathisch und gekonnt die passenden Getränke dazu ausgegeben.

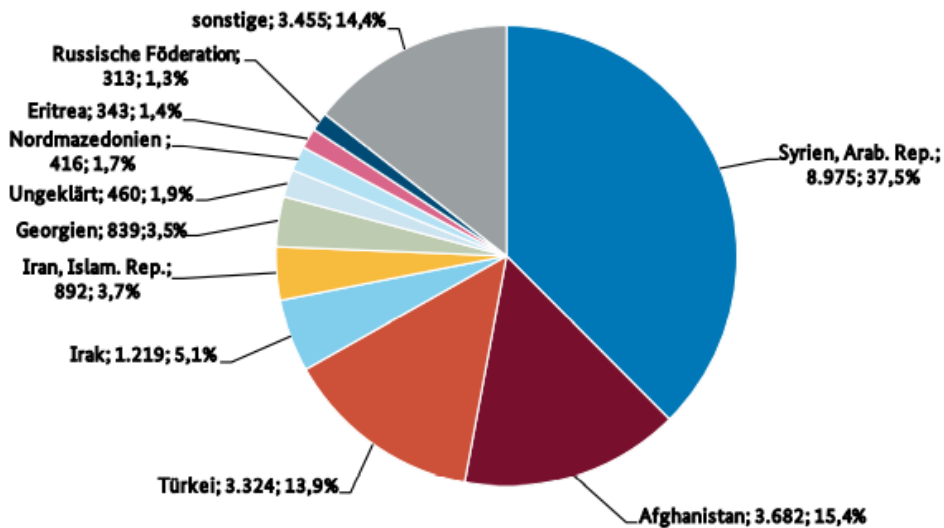
Wir danken Allen und bis zum nächsten Jahr!



Aktuelle Zahlen zu Asylanträgen 2022

Hauptstaatsangehörigkeiten im Oktober 2022

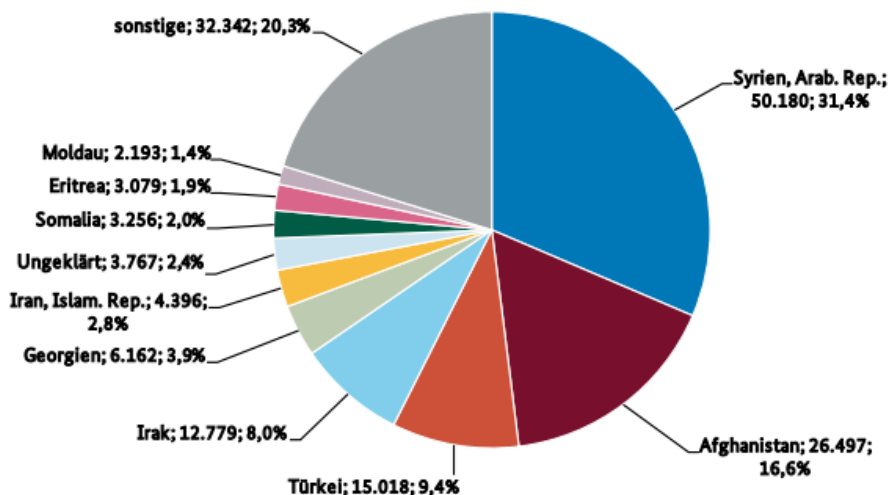
Gesamtzahl der Erstanträge: 23.918



Bei den Top-10-Staatsangehörigkeiten des Monats Oktober 2022 steht an erster Stelle Syrien mit einem Anteil von 37,5 % aller Erstanträge. Den zweiten Platz nimmt Afghanistan mit einem Anteil von 15,4 % ein. Danach folgt die Türkei mit 13,9 %. Etwa zwei Drittel (66,8 % bzw. 15.981 Erstanträge) aller in diesem Monat gestellten Erstanträge entfallen damit auf diese drei Staatsangehörigkeiten.

Hauptstaatsangehörigkeiten im Zeitraum Januar-Oktober 2022

Gesamtzahl der Erstanträge: 159.669



Bei den Top-10-Staatsangehörigkeiten im Zeitraum Januar bis Oktober 2022 steht an erster Stelle Syrien mit einem Anteil von 31,4 % aller Erstanträge. Den zweiten Platz nimmt Afghanistan mit einem Anteil von 16,6 % ein. Danach folgt die Türkei mit 9,4 %. Fast drei Fünftel (57,4 % bzw. 91.695 Erstanträge) aller in diesem Zeitraum gestellten Erstanträge entfallen damit auf diese drei Staatsangehörigkeiten.

Evangelisches Asylpfarramt Stuttgart

Asylpfarrer Joachim Schlecht
Asylreferentin Anja Lobmüller, Tel. 0160 99828326
Sekretariat: Regine Koch-Bah
Flüchtlingsbegleiterin Thania Abdulrazzaq
Facebook: Arbeitskreis Asyl Stuttgart

Christophstraße 35, 70180 Stuttgart
Sprechzeiten: Mo - Fr 09:00 - 12:00 Uhr
Tel: 0711 – 20 70 96 29, Fax: 20 70 96 28
Email: Pfarramt.Stuttgart.Asyl@elkw.de

Sprecherräte: AK Asyl Stuttgart

Vorsitzender:
Joachim Schlecht, Tel. 0711 - 20 70 96 21
Evangelisches Asylpfarramt Stuttgart

Margrit Bonja, Tel. 0177 459 14 58
Stuttgart, Syrien

Wolf-Dieter Dorn, Tel. 0711 - 85 08 87
Stuttgart, Freundeskreis Flüchtlinge Feuerbach

Norbert Latuske, 0711 69 89 10
Stuttgart, Freundeskreis Botnang

Alexandra Lulay-Alsyyad, Tel. 0711-53 04 530
Stuttgart Bad-Cannstatt, Syrien

Bernhard Mellert, Tel. 0711 69 94 82 81
Stuttgart-West, Bündnis 90/ Grüne

Martin Richter, Tel. 0177 615 83 91
Esslingen

Frau Shamil Ajil, Tel. 0176-63254302
Stuttgart, Irak

Kimberly Crawford, Tel. 01573 648 9691
Stuttgart

Jamshid Hessami, Tel. 0176 86 44 38 82
Stuttgart, Iran

Kossi Lombo, 0711 54 89 89 88
Stuttgart, Togo

Nahla Majeed, Tel. 0157 715 576 42
Stuttgart, Irak

Barbara Mobley, Tel. 0711 – 428246
Stuttgart, Freundeskreis Wangen

Stefan Weidner, Tel: 0711 - 615 567-0
Stuttgart, Rechtsanwalt

Beauftragte in der kirchlich-diakonischen Flüchtlingsarbeit Evangelischer Kirchenkreis Stuttgart - Kreisdiakoniestelle

Bernhard Kapitzki
Zuständigkeit für die Dekanate Zuffenhausen und
Bad Cannstatt
E-Mail: Wolfgang-Bernhard.Kapitzki@elkw.de
Mobil: 0162 41 25 434
Tel.: 0711 20 70 96 25

Heidi Rehse
Zuständigkeit für die Dekanate Stadtmitte und Degerloch
E-Mail: Heidi.Rehse@elkw.de
Mobil: 0177 153 58 20
Tel.: 0711 20 70 96 23

Herausgeber:
Arbeitskreis Asyl Stuttgart
Christophstraße 35
70180 Stuttgart
E-Mail: Pfarramt.Stuttgart.Asyl@elkw.de

Redaktionelle Verantwortung: Joachim Schlecht
Textverarbeitung und Gestaltung:
Joachim Schlecht, Regine Koch-Bah
Druck und Versand: Regine Koch-Bah, Jamshid Hessami

Mit Unterstützung der



ArbeitskreisAsylStuttgart



Evang.Asylbuero.Stuttgart



www.ak-asyl-stuttgart.de